

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Familie und Senioren (13. Ausschuß)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 12/22 –

Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die
Errichtung einer Stiftung „Hilfswerk für behinderte Kinder“

A. Problem

Die Renten wegen Contergan-Schadensfällen sollen mit Rücksicht auf die Entwicklung der Lebenshaltungskosten und der Nettoeinkommen angehoben werden.

B. Lösung

Anhebung der Renten um linear 7,5 v. H. ab 1. Januar 1991

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die durch das Gesetz entstehenden Mehrkosten betragen jährlich etwa 1,62 Mio. DM. Sie werden durch das Stiftungskapital und dessen Zinserträge gedeckt.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf — Drucksache 12/22 — unverändert anzunehmen.

Bonn, den 24. April 1991

Der Ausschuß für Familie und Senioren**Rainer Eppelmann**

Vorsitzender

Christel Hanewinckel

Berichterstatte

Herbert Werner (Ulm)**Bericht der Abgeordneten Christel Hanewinckel und Herbert Werner (Ulm)**

Der Deutsche Bundestag hat den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf in seiner 9. Sitzung am 21. Februar 1991 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Familie und Senioren und zur Mitberatung an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Frauen und Jugend und den Ausschuß für Gesundheit sowie zur Mitberatung und gemäß § 96 GO an den Haushaltsausschuß überwiesen.

Die mitberatenden Ausschüsse haben dem Gesetzentwurf jeweils einmütig zugestimmt. Der Haushaltsausschuß hat ferner einvernehmlich gemäß § 96 GO

die Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs mit der Haushaltslage des Bundes festgestellt.

Der Ausschuß für Familie und Senioren hat den Gesetzentwurf in seiner 5. Sitzung am 17. April 1991 beraten und einstimmig beschlossen, dem Deutschen Bundestag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Zur Begründung des Gesetzentwurfs wird auf die Drucksache 12/22 Bezug genommen. Bei der Beratung im federführenden Ausschuß ergaben sich keine wesentlichen neuen Gesichtspunkte.

Bonn, den 24. April 1991

Christel Hanewinckel

Berichterstatte

Herbert Werner (Ulm)